Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise für Kleinanzeigen und Anzeigen mit Umgebung 20 Pfennige, auswärtige Anzeigen 25 Pfennige, Reklamezeile 60 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 30 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 233 — Dienstag, den 6. Oktober 1931 — 26. Jahrgang

Gemeinsame Konferenz

zwischen Reichsregierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften Ende dieser Woche

Zwangsmäßiger Burgfrieden?

Berlin, 4. Okt. Wie wir erfahren, ist damit zu rechnen, daß die gemeinsame Konferenz von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die aus Regierungskreisen vor einigen Tagen angekündigt wurde, bereits Ende der neuen Woche, also vor dem Zusammentritt des Reichstags, stattfinden wird. Die Einladungen dürften bereits morgen oder übermorgen hinausgehen.

An der Konferenz werden für die Regierung beteiligt sein der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister, der Reichsarbeits- und der Reichswirtschaftsminister, für die Arbeitnehmer die drei Gewerkschaftsrichtungen, also die freien, christlichen und die Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften, für die Arbeitgeber der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände. Bekanntlich hat die Einladung den Zweck, zwischen den beiden großen Faktoren der Wirtschaft ein Uebereinkommen herbeizuführen, das dazu beiträgt, die zu erwartenden außerordentlichen Schwierigkeiten in diesem Winter überwinden zu helfen. Nach Auffassung gut unterrichteter Kreise hatten schon die letzten beiden Wochen gezeigt, daß die Entwertung des Pfundes die wirtschaftliche Situation von der Ausfuhrseite her noch bedrohlicher gestalten wird als man vorher befürchtet hatte. Es ist anzunehmen, daß die Reichsregierung den Arbeitgebern wie den Arbeitnehmern die Gefahren klarzumachen versuchen wird, die sich hieraus naturnotwendig für die deutsche Wirtschaft ergeben. In unterrichteten Kreisen hofft man, daß sich niemand ernstlich dieser Lage verschließen wird und daß Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in gemeinsamer Arbeit nach Lösungsmöglichkeiten suchen werden. Den Weg dazu stellt man sich offenbar so vor, daß die Konferenz Ausschüsse für die verschiedenen Probleme einsetzt und daß diese Ausschüsse bereits in der nächsten Woche an die praktische Arbeit gehen.

Der Ladenschluß am Weihnachtsabend

Berlin, 3. Okt. Wie wir erfahren, wird sich der Reichstag bei seinen bevorstehenden Beratungen auch mit der Frage des Ladenschlusses am Weihnachtsabend zu beschäftigen haben. Bekanntlich hatte der Reichstag im Dezember 1930 ein Gesetz beschlossen, das den allgemeinen 5-Uhr-Ladenschluß herbeiführen wollte. Da der Reichstag aber vergessen hatte, den Termin des Inkrafttretens des Gesetzes zu bestimmen, konnte diese Neuregelung nicht in Kraft treten. Inzwischen hat das Reichsarbeitsministerium einen eigenen Gesetzentwurf ausgearbeitet. Danach sollen am Weihnachtsabend die Geschäfte aller Branchen um 5 Uhr schließen. Ausgenommen sind die Tankstellen und der Handel mit Weihnachtsbäumen. Für das Friseurgewerbe soll der Ladenschluß erst um 6 Uhr sein. Den Schluß für Apotheken sollen die obersten Landesbehörden bestimmen. Für Gaststätten soll die Polizeistunde auf 7 Uhr festgesetzt werden. Hier ist eine Ausnahmemöglichkeit für Orte mit starkem Reiseverkehr und für den Verkauf über die Straße vorgesehen. Der Entwurf liegt zur Zeit dem Reichskabinett vor, und es ist zu erwarten, daß er demnächst verabschiedet wird. Er geht dann dem Reichsrat zu, der ihn gleichfalls schleunigst erledigen will. Es besteht die Absicht, den Gesetzentwurf auf jeden Fall dem Reichstag noch während seiner am 13. Oktober beginnenden Tagung vorzulegen, damit die Regelung des Ladenschlusses am Weihnachtsabend vorgenommen werden kann.

Dank des Reichspräsidenten

Berlin, 3. Okt. Der Herr Reichspräsident gibt folgendes bekannt: Allen denen, die meines gestrigen Geburtstages durch Glückwünsche und Gaben sowie in der Presse freundlichst gedacht haben und denen ich unmöglich allen einzeln zu danken vermag, spreche ich auf diesem Wege meinen herzlichen und aufrichtigen Dank aus. Die so zahlreichen Bekundungen treuen Gedenkens haben meinem alten Herzen in dieser ernsten Zeit ganz besonders wohlgetan.

Amerikanische Initiative in der Abrüstungsfrage?

Washington, 3. Okt. Im Staatsdepartement fand gestern eine siebenstündige Besprechung zwischen Staatssekretär Stimson und den Sachverständigen für Abrüstungsfragen, Senator Morrow, statt. Ueber den Gegenstand der Konferenz, an der sich auch der Generalsekretär der amerikanischen Delegation zur Genfer Abrüstungskonferenz, ferner der Referent für Westeuropa und der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung teilnahmen, wird Stillschweigen gewahrt. „Baltimore Sun" will aber aus angeblich guter Quelle erfahren, daß man den Entwurf eines Sicherheitspaktes ausgearbeitet habe, der entsprechend französischen Wünschen weitergehe als ein bloßer Konsulativpakt. Der Plan solle es Frankreich und Polen ermöglichen, einer den deutschen Wünschen entgegenkommenden Regelung der polnischen Korridorfrage zuzustimmen, damit im Osten Europas das Gefühl stabiler Verhältnisse hergestellt werde.

Der polnische Korridor

Stimsons Besprechungen

Washington, 4. Okt. Staatssekretär Stimson bestätigte heute, daß er Senator Morrow nach Washington gebeten habe und mit ihm die europäische Lage, darunter die Frage des Polnischen Korridors, besprochen habe. Er dementierte, daß ein Konsulativpakt formuliert worden sei. (Unter Konsulativpakt versteht die amerikanische Amtssprache einen Pakt, bei dem bei Meinungsverschiedenheiten der Partner der Versuch gemacht werden muß, durch gemeinsame Beratungen die Differenzen beizulegen.) Nach wie vor kursieren in Washington Gerüchte, daß Hoover einen großzügigen Plan zur Besserung der internationalen Kreditlage erwäge und im Januar eine Art Koalitionskabinett bilden wolle, dem die Demokraten Baruch und Owen D. Young angehören sollen. Eine Bestätigung dieser Vermutungen ließ sich allerdings nicht erlangen.

Im übrigen wird in Washington weder Wert auf die Feststellung gelegt, daß man „vorläufig nicht geneigt sei, irgendeine Initiative in der Frage der Schulden oder des Polnischen Korridors zu ergreifen". Das hat auch kaum jemand erwartet, und zwar um so weniger, als Lavals Besuch in Washington unmittelbar bevorsteht. Immerhin bleibt es sehr bedeutungsvoll, wenn offiziell gemeldet wird, daß sich Stimson über die Korridorfrage unterrichten läßt.

Die Sozialistische Arbeiterpartei

Ihre Gründung offiziell vollzogen

Berlin, 4. Oktober. Am Sonntag wurde in der nach Berlin einberufenen Reichskonferenz, an der 88 Vertreter aus dem Reich — darunter gewählte Vertreter aus 25 (von insgesamt 32) Bezirken der Sozialdemokratischen Partei — und eine Reihe von Gästen teilnahmen, die „Sozialistische Arbeiterpartei" gegründet. Zu gleichberechtigten Parteivorsitzenden wurden gewählt die Abgeordneten Seydewitz und Dr. Rosenfeld. Außerdem wurden in den Parteivorstand gewählt Abg. Fortune, Dr. Eckstein, Breslau, Zweiling, Plauen und Frau Dnelz. Zu der Gründungstagung hatten die Unabhängige Arbeiterpartei Englands und der ehemalige Reichstagsabgeordnete Lebebour Begrüßungsschreiben gesandt. Lebebour hat seinen und seiner Freunde Anschluß an die neue Partei in sichere Aussicht gestellt.

Nach einer Rede von Seydewitz, der über die nächsten Aufgaben der neuen Partei sprach, erläuterte Dr. Eckstein, Breslau, die Satzungen der neuen Partei. Einstimmige Annahme fand ein Aktionsprogramm, das eine scharfe Abgrenzung der neuen Partei gegenüber der SPD. und der KPD. enthält.

•

Von anderer Seite wird noch gemeldet: Seydewitz teilte mit, daß ab 1. November in Berlin die „Sozialistische Arbeiterzeitung" erscheinen werde. Ueber das Organisationsstatut sprach Rechtsanwalt Dr. Eckstein, der u. a. erklärte, die neue Partei werde sich der zweiten Internationale anschließen und mit deren linken Flügel zusammenarbeiten. Von Interesse war ferner die Mitteilung, daß die neue Partei einen Sozialistischen Schutzbund im Gegensatz zum Reichsbanner bilden will. In der Aussprache wurde von einer Vertreterin der Sozialistischen Arbeiterjugend mitgeteilt, daß 50 v. H. der Berliner, 70 v. H. der Hamburger und fast 100 v. H. der Breslauer und der ostsächsischen Arbeiterjugend der neuen Partei Gefolge leisten würden.

Nationalsozialisten nehmen nicht regelmäßig an den Reichstagssitzungen teil

Berlin, 3. Okt. Ueber die heutige Fraktionsvorstandssitzung der Nationalsozialisten wird vom preußischen Pressedienst der Nationalsozialisten noch folgender Bericht ausgegeben. In Konsequenz der im Frühjahr gegebenen Erklärung gehen wir Nationalsozialisten am 13. Oktober nur in den Reichstag, um die Regierung zu stürzen und werden uns nicht zu regelmäßiger, sogenannter parlamentarischer Tätigkeit verleiten lassen, ebensowenig werden wir Nationalsozialisten uns an den Arbeiten in den Ausschüssen beteiligen. Erst wenn der Sturz der Regierung gelungen und dadurch eine neue Situation geschaffen ist, werden wir unsere Stellungnahme zur Reichstagsarbeit erneut festlegen.

Ermäßigte Kohle für Erwerbslose

Essen, 3. Okt. Der vom Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat eingesetzte Ausschuß hat beschlossen, Haldenkohle für bedürftige Erwerbslose zum Preise von 13 RM je Tonne abzugeben. Das bedeutet eine Ermäßigung von etwa 30 Prozent. Ueber die Durchführung des Beschlusses wird mit den Arbeitsämtern und Gemeinden im Ruhrbezirk und dessen Umgebung verhandelt werden.

Arbeitsverweigerung auf einem Ueberseedampfer

Hamburg, 3. Okt. In der letzten Nacht verweigerte ein Teil des Maschinenpersonals des Dampfers „Bochum" den Dienst. Die Ausreise des Dampfers nach Montreal ist dadurch verzögert worden. Die Polizei verhaftete einige der Beteiligten. Sie werden sich wegen Meuterei zu verantworten haben. Es steht fest, daß sie kommunistischen Einflüssen erlagen.

Zusammenstöße in Eisleben

Eisleben, 4. Okt. Als heute abend Polizeibeamte einen etwa 120 Mann starken nichtgenehmigten Umzug des Kampfbundes gegen den Faschismus auflösen wollten, wurden sie von den Demonstranten angegriffen. Polizeiverstärkungen aus Halle stellten die Ruhe wieder her. Vier Kommunisten wurden verhaftet. Gegen sie wird ein Strafverfahren wegen Landfriedensbruchs eingeleitet werden.

Ausdehnung des Hafenarbeiterstreiks in Danzig

Danzig, 3. Okt. Die Bemühungen der Kommunisten, die volle Wiederaufnahme der Arbeit im Danziger Hafen zu verhindern, hatten insofern Erfolg, als heute ein großer Teil der jetzigen Arbeiter, die gestern die Arbeit wieder aufgenommen hatten, den Arbeitsstellen fernblieb, so daß das Laden und Löschen der Schiffe fast ausschließlich durch die Technische Nothilfe geschehen muß.

Die Bank von Litauen erhöht ihren Diskontsatz

Kowno, 3. Okt. Die Bank von Litauen hat ihren Diskontsatz von 7 auf 8½ Prozent erhöht.

U. S. A. erwarten 1500 Millionen Defizit

Washington, 3. Okt. Das Defizit für die Vereinigten Staaten beträgt nach einer Meldung des amerikanischen Schatzamtes für das erste Drittel des Etatsjahres 380 495 000 Dollar. Man rechnet für das laufende Etatsjahr mit einem Defizit von ungefähr 1500 Millionen Dollar, falls es nicht durch Steuererhöhungen verringert wird.

Weitere Goldsendungen für Frankreich

Paris, 4. Okt. Der aus Neuyork in Cherbourg eingetroffene deutsche Dampfer „Europa" hat 226 Barren Gold im Gewicht von 15 Tonnen gelöscht. Sie sind für eine Pariser Bank bestimmt. Eine weitere Goldsendung wird morgen erwartet.

Verdoppelung der Einkommensteuer in Ungarn

Budapest, 3. Okt. Die morgige Nummer des Amtsblattes wird die mit Zustimmung des 33er-Ausschusses erlassene Regierungsverordnung über die Notstandssteuer veröffentlichen, in der angeordnet wird, daß die für 1932 zu bemessende Einkommensteuer nochmals als Notstandssteuer zu entrichten ist. Ein Drittel der Steuersumme ist bis 15. November zu erlegen, das zweite Drittel bis 15. Februar und der Rest bis 15. September 1932. Diejenigen Steuerträger, deren Einkommensteuer nach einem Einkommen von über 10 000 Pengö im Jahre bemessen ist, haben die Notstandssteuer in zwei Raten, und zwar die Hälfte bis 15. November ds. Js. und die andere Hälfte bis 15. Mai n. J. einzuzahlen. Einkommen unter 2000 Pengö im Jahre sind von der Notstandssteuer befreit.

Nachwahlen in Spanien

Madrid, 4. Okt. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der heutigen Nachwahlen zu den Cortes hat in Madrid der Kandidat Cossio mit 56 000 Stimmen die meisten Stimmen erhalten, während der Sohn Primo de Riveras nur 28 000 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Bei den Nachwahlen in den Provinzen sind fünf radikale Kandidaten, eine Sozialistin und ein Vertreter der Landwirte gewählt worden.

Am Nachmittag kam es in Madrid zu einem Zwischenfall, als der Sohn Primo de Riveras mit seinem Automobil in einer Straße erkannt und von der Volksmenge be-